

# LITERATURBERICHTE

## **Vom Mythos der Verschwörung gegen Brandt Eine Kritik an Stefanie Waskes Thesen über den „Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“**

**Jürgen Nielsen-Sikora**

### *Einleitung*

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat die Aufgabe, der Bundesrepublik Deutschland geheime Nachrichten und politische und militärische Analysen zu liefern. Er beschafft Informationen aus Politik, Rüstung, Technik, Wirtschaft und Wissenschaft, die der politischen Orientierung und Lagebeurteilung dienen. In Zeiten des Kalten Krieges waren dies vornehmlich Informationen aus dem kommunistischen Machtbereich.

Die Geschichte des BND hängt auf vielfältige Weise mit der Geschichte der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 zusammen. Die engen Verbindungen des Nachrichtendienstes mit Regierung und Opposition beschäftigen auch die freie Autorin und Journalistin Stefanie Waske. In ihrem Buch „Nach Lektüre vernichten. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg“<sup>1</sup> beleuchtet sie die nachrichtendienstliche Neuausrichtung der CDU/CSU während der Oppositionsphase zwischen 1969 und 1982. Ihr Buch wurde in der Presse als unbekanntes Kapitel der deutschen Geschichte breit diskutiert. Ein Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, der am 29. November 2012 erschien, kündigte das Buch öffentlichkeitswirksam an und fasste die Hauptthesen der Arbeit zusammen. Der Titel des Artikels: „Die Verschwörung gegen Brandt“.<sup>2</sup> Stefanie Waske beschreibt darin den von Hans Christoph von Stauffenberg – einem Vetter des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg – gegründeten Informationsdienst, der zwischen 1970 und 1982 weltweit vertrauliche Nachrichten für die CDU/CSU sammelte.

Über die Autorin war bis zu der Veröffentlichung des „Zeit“-Artikels im November 2012 außerhalb der mit dem BND befassten Fachwissenschaft wenig bekannt: Stefanie Waske wurde 1978 in Holzminden geboren. Von 2008 bis 2009 absolvierte sie ein Volontariat bei der „Braunschweiger Zeitung“ und

---

1 Stefanie Waske: „Nach Lektüre vernichten“. Der geheime Nachrichtendienst von CDU und CSU im Kalten Krieg. München 2013.

2 Stefanie Waske: Die Verschwörung gegen Brandt, in: „Zeit“-Magazin Nr. 49, 29. November 2012 ([www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt](http://www.zeit.de/2012/49/Spionage-CDU-CSU-Willy-Brandt), Abruf: 25. Januar 2013).

der Journalistenschule Ruhr.<sup>3</sup> Zwischen 1997 und 2008 war sie freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Tageszeitungen und Magazinen. 2007 promovierte sie an der Philipps-Universität Marburg bei Wolfgang Krieger, Professor für Neuere Geschichte und Geschichte der internationalen Beziehungen und ehemaliger Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zurzeit erforscht er im Rahmen einer vom Bundesnachrichtendienst berufenen unabhängigen Historikerkommission (UHK) die Geschichte des BND bis zum Amtswechsel des Präsidenten 1968.

Stefanie Waske kandidierte darüber hinaus zwei Mal für den Deutschen Bundestag auf der SPD-Landesliste Niedersachsen<sup>4</sup> – eine Information, die bei der Einordnung ihrer Thesen über den CDU/CSU-Geheimdienst nicht völlig außer acht gelassen werden kann. Um den Gesamtzusammenhang, in dem ihr Artikel steht, deutlich herausarbeiten zu können, wird zunächst ihr „Zeit“-Artikel von November 2012 skizziert (1.), weil er die Diskussion über den so genannten Stauffenberg-Dienst in Gang gesetzt hat.

Ein Rekurs auf den Bayerischen Untersuchungsausschuss von 1982, der sich eindringlich mit dem Thema befasst hat, eine ausführliche „Spiegel“-Serie aus den 1980er Jahren sowie die Enthüllungen der Journalisten Frank P. Heigl und Jürgen Saupe in der Hamburger Zeitschrift „konkret“ von 1982 zur so genannten BND-Operation „Eva“ machen jedoch deutlich, dass Stefanie Waske lediglich ein Thema wieder aufgreift, das bereits in den frühen 1980er Jahren ausführlich in den Printmedien behandelt wurde. Alle Publikationen diskutieren umfassend die Umstände des vermeintlichen „Geheimdienstes“ (2.).

Stefanie Waske behauptet, sie sei auf den Stauffenberg-Dienst im Kontext der Recherche ihrer Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ aus dem Jahre 2009 gestoßen. Auf diese Schrift wird gesondert eingegangen, zumal der „Zeit“-Artikel von November 2012 nur vor der Folie dieses Buches angemessen zu würdigen ist. Dabei wird sich herausstellen, dass bereits die Qualifikationsschrift blinde Flecken im Hinblick auf das politische Umfeld der 1970er Jahre aufweist (3.).

Zum Schluss steht ihr jüngstes Buch mit dem Titel „Nach Lektüre vernichten“ zur Debatte (4.). Auch in diesem Buch beschäftigt sich die Autorin mit dem „privaten Nachrichtendienst“, den die Union bis in die 1980er Jahre nutzte, um sich „geheime, brisante Informationen zu beschaffen“.<sup>5</sup> Stefanie Waske, die „Expertin für die Geschichte der Geheimdienste“, so der Verlag, enthülle darin „einen politischen Skandal“. Es soll gezeigt werden, dass die Dramatisie-

3 Siehe ihre Homepage <http://stefaniewaske.blogspot.de/> (Abruf: 25. Januar 2013).

4 Vgl. Landesliste Niedersachsen, in: [www.wahlen.goettingen.de/pdf/B2005-LWL-Landeslisten.pdf](http://www.wahlen.goettingen.de/pdf/B2005-LWL-Landeslisten.pdf) (Abruf: 1. März 2013).

5 So die Ankündigung des Hanser-Verlags.

rung des politischen Geschehens der 1970er Jahre aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar ist. Abschließend folgt ein kurzes Resümee (5.).

### *1. Der Zeit-Artikel vom 29. November 2012*

„Die Verschwörung gegen Brandt“ lautete der Titel des „Zeit“-Magazins vom 29. November 2012, in dem die Autorin Stefanie Waske über einen angeblich „un glaublichen Spionagefall“ berichtete.<sup>6</sup> Über die Autorin heißt es einleitend, sie habe für ihre Dissertation Briefe von CDU-Abgeordneten gelesen, in denen von einem „kleinen Dienst“ die Rede sei. Über sieben Jahre habe sie recherchiert und ihre Ergebnisse würden hier erstmals veröffentlicht. Tatsächlich erschien ihre Dissertation über die mangelnde parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste bereits 2009. Darin schreibt sie keineswegs nur über CDU-Abgeordnete, sondern beleuchtet zumindest ansatzweise auch die Rolle, die die SPD, besonders in der Person von Horst Ehmke, im Rahmen der BND-Aktivitäten innehatte.

In dem genannten Artikel schildert sie die Gründung eines eigenen „Nachrichtendienstes“ der Opposition abseits der Öffentlichkeit. Dieser Dienst habe ohne parlamentarische Kontrolle agiert und sei ein „internationales Netz schillernder Agenten“ und „schwarzer Spione“ gewesen, die „in enger Abstimmung mit christsozialen Hardlinern“ aus aller Welt Nachrichten der CDU/CSU zugespielt hätten. Sie behauptet, die Geschichte mache deutlich, wie die CDU/CSU an jeglicher Kontrolle vorbei einen Dienst schuf, „nur um ihr eigenes trübes politisches Süsschen“<sup>7</sup> zu kochen.

Den Ausgangspunkt der Gründung des Informationsdienstes bildete der Machtwechsel 1969. Als Egon Bahr im Januar 1970 in Moskau weilte, um Brandts Politik des „Wandels durch Annäherung“ voranzubringen, nahm der Dienst Gestalt an. Waske schreibt, Bahr sei sich wohl bewusst gewesen, dass er von Nachrichtendiensten beobachtet würde, doch dass ihn auch der politische Gegner im Inland im Visier hatte, hätte er damals nicht bemerkt.

„Die tiefe Furcht vor der neuen Politik Willy Brandts“<sup>8</sup>, so Waske, habe die Christdemokraten zum Handeln getrieben. Im Ergebnis sei es zur Inauguration eines Informationsdienstes für die Opposition gekommen, der Materialien über politische und gesellschaftliche Entwicklungen sammeln und auswerten sollte. Denn die Sorge war nicht unbegründet, dass die CDU/CSU „durch den Regierungswechsel von den Infokanälen der Geheimdienste abgeschnitten“<sup>9</sup> würde.

---

6 Waske: Verschwörung.

7 Alle Zitate ebd.

8 Ebd.

9 Zitiert nach ebd. Anzumerken ist in diesem Kontext, dass schon Helmut Kohl in seiner Rede auf dem 21. Bundesparteitag der CDU in Bonn am 12. Juni 1973 mit dem Titel „Aufbruch in die Zukunft“ bekannte: „Rechtskräftig abgeschlossene Verträge binden auch

Wolfgang Langkau, pensionierter Vertrauter des ehemaligen BND-Präsidenten Reinhard Gehlen und langjähriger CDU-Kontaktmann, schlug aus diesem Grunde vor, „ein seit Jahren durch eine besondere Stelle im BND geführtes Informationsbeschaffungsnetz einzusetzen, das laufende Verbindungen insbesondere zu USA, Frankreich, Österreich, Italien, Vatikan, arabische Länder, Jugoslawien, Rumänien, ČSSR, UNO unterhält“. Waske schreibt weiter, Langkau sei überzeugt gewesen, „dass seine ehemaligen Zubringer mit an Bord wären, würden sich die Konservativen zu einem eigenen Dienst durchringen können“.<sup>10</sup>

Diesen Dienst sollte Hans Christoph von Stauffenberg, ebenfalls ehemaliger Mitarbeiter von Langkau, ab dem Sommer 1970 leiten. Der Stoff habe das „Zeug zum Spionageroman“, so Waske. Die „Zeit“ glaubte im November 2012, einem Skandal auf der Spur zu sein: „Was wissen CDU und CSU heute darüber?“, heißt es in dem Artikel. Konkret wollte die Zeitung eine Beurteilung des damaligen Entschlusses, den Dienst einzusetzen, durch die heutige Parteiführung. Ferner wollte sie wissen, warum nie jemand an diesem Dienst Kritik geübt habe.

Da die Genese des Informationsdienstes spätestens seit 1982 bekannt ist, erübrigte sich zumindest die letzte Frage wie deren Beantwortung. Denn in einem Artikel des „Spiegel“, dessen Mitarbeiter Stephan Lebert, Leiter des „Zeit“-Ressorts Investigation, zuvor war, heißt es schon 1982: „Hans Christoph Schenk Freiherr von Stauffenberg, ein entfernter Verwandter des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg, ist eine der Schlüsselfiguren im Geheimdienstnetz der CSU. Er gibt einen vertraulichen *Informationsdienst* (Auflage: 100 Exemplare) heraus, der die Geheimdienstquellen der Union in In- und Ausland abschöpft. Franz Josef Strauß nimmt den Stauffenberg-Dienst nach Angaben eines engen Mitarbeiters *sehr wichtig*. Unterstützt wird der Nachrichtendienst durch einen *Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen e. V.* Dieser Arbeitskreis war zu Beginn der siebziger Jahre gegründet worden, um den Aufbau eines eigenen Nachrichtendienstes der Union zu ermöglichen. Als Berater fungierte der ehemalige Brigadegeneral Wolfgang Langkau, der früher den Strategischen Dienst des BND geleitet hatte.“<sup>11</sup>

Als ehemaliger Mitarbeiter des „Spiegel“ sollte Lebert den Artikel, der aus einer Serie stammt, auf die später noch eingegangen wird, gekannt haben. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) hat ihm darüber hinaus noch einmal schriftlich mitgeteilt, dass der „Spiegel“ bereits 1982 über die

---

uns, denn wir sind eine Verfassungspartei.“, in: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Hg. von Peter Hintze und Gerd Langguth. Stuttgart 1993, S. 50.

10 Waske: Verschwörung.

11 Vgl. [www.spiegel.de/spiegel/print/d-14351703.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14351703.html) (Abruf: 1. März 2013).

Affäre ausführlich berichtete.<sup>12</sup> Zudem hat Stefanie Waske laut „Zeit“-Artikel mehrere tausend Seiten Aktenmaterial gesichtet. Unklar bleibt insofern, wieso sie die von Lebert aufgeworfenen Fragen nicht selbst beantworten konnte. Der Skandal liegt insofern nicht dort, wo zunächst vermutet. Waske mutmaßt ferner in ihrem Artikel: „Die Meldungen der Informanten gehen aus Brüssel, Paris und Washington ein, fast nie aus dem Inland. Mithilfe dieser Texte verfassen die ehemaligen BND-Mitarbeiter Berichte, nicht nur zur neuen Ostpolitik, sondern auch über die innenpolitische Entwicklung Chinas oder Spannungen im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Klassische Agentenberichte sind es nicht, hier wird niemand beschattet, telefonisch abgehört oder verdeckt fotografiert.“<sup>13</sup>

Wenn niemand beschattet worden ist, nicht abgehört oder verdeckt fotografiert wurde, stellt sich die Frage, was konkret hier aufgedeckt werden soll. Waske schreibt, es gingen Berichte ein aus den USA, Frankreich, Osteuropa, dem Nahen Osten, aus Kuba und Taiwan. In der Hauptsache handelte es sich um Material zum weltpolitischen Geschehen, das gewiss wertvolle Quellen für eine allgemeine zeithistorische Forschung bereithält, aber kaum zur Skandalisierung taugt.

Im Fokus steht unter anderem auch der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt als öffentliche, politische Person sowie Einschätzungen von Amtskollegen der internationalen Politik. Die meisten Berichte, die als Informationsbericht resp. Pressespiegel verschickt werden, haben den Charme und die Brisanz von dpa-Meldungen. In der Hauptsache handelt es sich um kurze Artikel zum weltpolitischen Geschehen. Streng geheime Informationen sind kaum darin zu finden, auch wenn hin und wieder „vertraulich“ auf einzelnen Blättern vermerkt sein mag.

Worin die „Verschwörung gegen Brandt“ liegen soll, bleibt offen. Es seien, so die Autorin, „besonders exklusive Berichte“<sup>14</sup>. Doch auch hierzu fehlt jeglicher Bezug auf die Inhalte des Berichts.

Damit ist das Kernproblem ihrer Recherche benannt: Denn im Grunde gibt es kaum Material, mit dem Waske diesen „Spionageroman“ zu einem erfolgreichen Ende bringen könnte. Sie schreibt deshalb und in Konsequenz mangelnder Quellen für ihre Thesen Folgendes: „Zwei Wochen später reist Kanzler Brandt überraschend auf die ukrainische Halbinsel Krim. In einem Vorort Jaltas, Oreanda, trifft er Leonid Breschnew in dessen Ferienhaus (...) Stauffenbergs Informanten orakeln, was Brandt und Breschnew besprochen haben könnten.“<sup>15</sup>

---

12 Die Hinweise wurden jedoch nicht berücksichtigt.

13 Zitiert nach Waske: Verschwörung.

14 Ebd.

15 Ebd.

Ein Orakel ist jedoch noch keine Verschwörung. Immerhin diskutieren wir über die Hochphase des Kalten Krieges, über eine Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens, zu der die vielen bekannten Spionagefälle und Bestechungsskandale beitragen.

Etwa der Fall Guillaume. Günter Guillaume wurde als einer der engsten Mitarbeiter von Bundeskanzler Willy Brandt 1974 als DDR-Spion enttarnt. Oder die Steiner-Wienand-Affäre, die nach der Abstimmung im Deutschen Bundestag vom 27. April 1972 losbrach: Der damalige Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) wollte durch ein konstruktives Misstrauensvotum Kanzler werden, verfehlte aber die absolute Mehrheit um zwei Stimmen. Karl Wienand, seinerzeit Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, wurde später beschuldigt, den CDU-Abgeordneten Julius Steiner bestochen zu haben, nicht für Barzel zu stimmen. Bis heute ist diese Affäre nicht komplett aufgeklärt. Und nehmen wir schließlich den Fall Lutze hinzu: Das Ehepaar Renate und Lothar-Erwin Lutze wurde 1976 als DDR-Agentenpaar im Bundesverteidigungsministerium enttarnt.

Das sind nur einige wenige von vielen Beispielen aus dieser Zeit, in der auch die innerdeutsche Lagerbildung voranschreitet. Der politische Ton in jenen Jahren wird rauer, gerade im Bundestagswahlkampf. Alle Parteien nutzen ausgiebig ihre Informationskanäle. Die politische Radikalisierung nach dem Mai 1968 und die gesellschaftlichen Reformprozesse führen zu einem politischen Kampf mit harten Bandagen.

Der letzte Satz des „Zeit“-Artikels könnte vor der Folie der bekannten Lagerbildung das Kapitel im Grunde beschließen: „Mit der abgeschirmten Tätigkeit ist es erst im Frühjahr 1982 vorbei. Journalisten des linken Magazins *konkret* verfassen eine Artikelserie und ein Buch mit dem Titel *Operation Eva*. Ihr Hauptinformant soll Langemann gewesen sein, der in den Veröffentlichungen über seine Erfahrungen im BND erzählt, dazu druckt der Verlag die zugehörigen Geheimdienstberichte ab.“<sup>16</sup>

Doch Hans Langemann, den Waske hier nur beiläufig erwähnt und suggeriert, es sei gar nicht gesichert, dass es sich bei dem Informanten tatsächlich um ihn handelt („soll gewesen sein“), ist eine der Schlüsselfiguren der Geschichte. Er wird in dem genannten „konkret“-Buch auch im Untertitel namentlich erwähnt und im Buch wie folgt geschildert: „Ein zerfallener Mann, von Medikamenten abhängig, an Gedächtnisstörungen leidend, oftmals hilflos und in seiner Diktion (...) unterwürfig, fast servil. Fernsehbilder zeigten ihn theatralisch.“<sup>17</sup>

---

16 Ebd.

17 Frank P. Heigl/Jürgen Saupe: *Operation EVA. Die Affäre Langemann*. Hamburg 1982, S. 9.

Wer die Geschichte aufmerksam liest und die Hintergründe kennt, wird schnell sehen, dass der Waske-Artikel keine Informationen enthält, die nicht schon in dem „konkret“-Band veröffentlicht oder im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags 1982 verhandelt worden sind. Vielmehr bleiben die Tatsachen in dem „Zeit“-Artikel merkwürdig nebulös. Ein Spionage-Thriller ist ihr Bericht jedenfalls nicht.

Wer hingegen mit der Diskussion nicht vertraut ist, sollte zunächst einen Blick in die Berichterstattung der 1980er Jahre werfen.

## *2. Die Berichte über die Langemann-Affäre in den 1980er Jahren*

Schon die „Spiegel“-Serie „Pullach intern“ über die Geschichte der Organisation Gehlen und deren Nachfolgeorganisation, den BND, aus dem Jahr 1971<sup>18</sup> sorgte in allen politischen Lagern für helle Aufregung. Der „Spiegel“ berichtete über Zweifel am Kurs der „Neuen Ostpolitik“ nicht nur in der Opposition, sondern darüber hinaus in Regierungskreisen und im BND: „BND-Chargen, die seit 25 Jahren im konspirativen Gefecht gegen die Sowjet-Union stehen, mochten nicht daran glauben, daß die Sowjet-Union an einer echten Entspannung in Europa interessiert sei. Sie befürchteten zudem, daß eine zu heftige Hinwendung Bonns zum Osten alte Freunde im Westen vergraulen könnte. Sie ließen denn auch in den vergangenen Wochen Informationen durchsickern, die andeuten sollen, der BND verliere allmählich bei seinen ausländischen Freunden die Glaubwürdigkeit.“<sup>19</sup>

Das Misstrauen war spätestens seit dem Fall Felfe stetig gewachsen: 1946 machte der britische Geheimdienst Heinz Felfe zum V-Mann. 1950 ließ er sich vom KGB anwerben. Ab 1951 arbeitete er für die Organisation Gehlen und wurde dort Leiter der „Gegenspionage Sowjetunion“. Er galt als einer der engsten Vertrauten Gehlens. Jahrelang ließ er jedoch im BND alle Aktionen ins Leere laufen und versorgte die Sowjets mit Informationen. Der Ruf des Bundesnachrichtendienstes wurde durch Felfes Aktivitäten nachhaltig geschädigt. 1961 verhaftete man den Doppelagenten<sup>20</sup> und machte ihm schließlich 1963 den Prozess. Felfe war einst SS-Obersturmführer und Mitglied der NSDAP gewesen. In der Organisation Gehlen sammelten sich mehrere ehemalige NSDAP-Mitglieder. Der KGB wusste von deren Vergangenheit und erpresste sie zur Doppelspionage.<sup>21</sup>

---

18 Hermann Zolling/Heinz Höhne: Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, in: Der Spiegel 11 (1971), S. 131–147.

19 Ebd., S. 46.

20 Vgl. Falltöter von rechts, in: Der Spiegel 52 (1961), S. 24.

21 Vgl. Peter F. Müller/Michael Müller: Der BND. Geheime Politik und schmutzige Geschäfte. Hamburg 2002, S. 319.

Die Lehre aus dem Fall schien klar: „Nach dem Fall Felfe, mit dem sich große Teile des Ost-Agenten-Netzes fast über Nacht, wenn nicht zerstört, so doch mindestens unsicher oder gefährdet darstellten, erhöhte sich fast zwangsläufig die Bedeutung und das innerdienstliche Gewicht der restlichen als intakt geltenden Beschaffungsstränge.“<sup>22</sup>

Der Regierungswechsel bedeutete nicht zuletzt eine Demontage der bisherigen BND-Operationen, insbesondere der so genannten und seit 1962 durchgeführten Operation EVA, benannt nach Langkaus Dienstzimmer im Haus Nr. 36 in Pullach, das früher von Eva Braun bewohnt worden war. Nun saß dort der „Strategische Dienst“ des BND. Die Abschaltung der EVA-Agenten zog sich zum Teil bis in die 1980er Jahre hinein.<sup>23</sup>

Unter dem Sammelbegriff EVA werden verschiedenste Operationen, u. a. auch im Vatikan, gefasst. Zu den Agenten der Operation gehörte auch der bereits erwähnte Hans Langemann, der bei der Schaffung des Informationsdienstes Stauffenberg eine wichtige Rolle spielte. In dem „konkret“-Buch aus dem Jahre 1982 heißt es, die CDU/CSU habe „in einer konzertierten Aktion (...) mit alten BND-Mitarbeitern beschlossen, einen eigenen Nachrichtendienst zu etablieren. Zu diesem Zweck wurde Langemann schließlich auch Bayerns Staatsschützer und im Innenministerium angesiedelt.“<sup>24</sup>

Als Empfänger des Strategischen Dienstes von Langkau werden in genanntem Buch Hans Globke, Heinrich Krone, Heinrich von Brentano, Bruno Heck und Eugen Gerstenmaier (alle CDU), Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) und Fritz Erler sowie Wilhelm Mellies (beide SPD) erwähnt – mithin keineswegs nur CDU/CSU-Mitglieder.<sup>25</sup>

Über den „konkret“-Bericht gelangte die Geschichte des Informationsnetzwerks der 1960er und 1970er Jahre an die Öffentlichkeit und beschäftigte in der Folgezeit nicht nur den „Spiegel“, sondern auch den Bayerischen Landtag. Der Bericht des Untersuchungsausschusses, Drucksache 9/12951 vom 16. Juli 1982 ist online verfügbar.<sup>26</sup> Im Ergebnis stellte der Untersuchungsausschuss fest, Langemann wollte „einen bestehenden privaten Informationsdienst (von Stauffenberg) durch einen operativen Bereich, nämlich die Nachrichtenbeschaffung“<sup>27</sup> erweitern. Zudem hat der Zeuge Stauffenberg ausgesagt, der Informationsdienst habe finanzielle Unterstützung zur „staatsschutzmäßigen Gefährdungsdarstel-

22 Heigl/Saupe: Operation EVA, S. 81.

23 Vgl. ebd., S. 151.

24 Ebd., S. 168.

25 Ebd., S. 86.

26 [www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage\\_WP09/Drucksachen/0000012500/09-12951.pdf](http://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP09/Drucksachen/0000012500/09-12951.pdf) (Abruf: 31. Januar 2013).

27 Ebd., S. 12.

lung der internationalen Zusammenhänge extremistisch-terroristischer Bestrebungen“ erhalten.<sup>28</sup>

Nachdem die Zeitschrift „konkret“ das Buch publiziert hatte, schrieb auch die „Zeit“ über den Fall Langemann und bemerkte zu dessen Äußerungen: „Das war ein Sammelsurium aus abgestandenen Affären und alten Skandalen. Langemann erzählte beispielsweise, daß der BND sich auch der Inlandsaufklärung gewidmet und wie er, Langemann, sich um den Privatmann Franz Josef Strauß verdient gemacht hatte. Der Verfassungsschützer hatte diese Geschichten auf Tonbänder gesprochen, die dann *konkret* zugespielt worden waren. Von März bis Mai 1982 veröffentlichte *konkret* die gesammelten Erinnerungen. Dann erwirkte Langemann, der sofort von seinem Amt suspendiert worden war, eine einstweilige Verfügung. Denn er sei, so behauptete er im Nachhinein, von der Veröffentlichung *in diesem Schmierblatt* überrascht worden.“<sup>29</sup>

Doch die Affäre über die Offenlegung geheimer BND-Unterlagen und die vermeintliche Gründung geheimer Dienste ging weiter, denn in der Folge geriet auch die SPD in Erklärungsnot, stand doch der Verdacht im Raum, der Assistent der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion Günther Plass habe mit dem Wissen des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Karl-Heinz Hiersemann geheime Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss weitergegeben. Sie hätten, so der Vorwurf weiter, dem *konkret*-Autor Heigl „bündelweise geheime Unterlagen angeboten.“<sup>30</sup> Der zweite Untersuchungsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass Heigl in der Tat durch Plass „mehrmals über den Stand der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses unterrichtet wurde.“<sup>31</sup>

Weder über den „Zeit“-Artikel von 1983 noch über die Untersuchungsausschüsse wird in dem Waske-Artikel vom 29. November 2012 berichtet. Denn dann wäre schnell klar geworden, dass alte Nachrichten hier als neu verkauft werden sollten. Schon 1983 stellte der „Spiegel“ klar: „Die Staatsgeheimnisse, das ergibt sich, sind gar keine.“<sup>32</sup> Langemann wurde allerdings im November 1984 wegen der Weitergabe vertraulicher Informationen der Operation EVA an die Zeitschrift „konkret“ zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Im Urteil wird also der Verrat der Informationen Langemanns bestraft, und nicht die Schaffung eines Informationsdienstes.

In der Berichterstattung von damals heißt es, noch nie sei das Leben eines bayerischen Beamten so durchleuchtet worden wie in dem genannten Untersuchungsausschuss.<sup>33</sup> Langemanns eigene Darstellungen gingen allerdings kaum

28 Ebd., S. 13.

29 Gerhard Spörl: Eine Affäre mit Nachspiel, in: Die Zeit, 14. Januar 1983.

30 Bayerischer Landtag, Drucksache 10/6289, S. 2.

31 Ebd., S. 6. Vgl. Aktion Leberkäs, in: Der Spiegel 24 (1983).

32 Die Wende, in: Der Spiegel 3 (1983), S. 84.

33 Nix is', nix is', in: Der Spiegel 30 (1982), S. 25.

über das hinaus, was in den Zeitungen stand. Es handle sich um „altbackene Überlieferungen aus der Agentenwelt“. Seine Schilderungen seien „olle Kamellen“.<sup>34</sup>

In ihrem „Zeit“-Artikel hat Stefanie Waske diese „ollen Kamellen“ ein weiteres Mal durchgekaut. Erstaunlich daran ist die Tatsache, dass der Artikel in zahlreichen weiteren Zeitungen zitiert wird. Der Publizist und SPD-Politiker Albrecht Müller etwa schrieb in seinem Blog, die Gründer des Dienstes hätten „ohne Gewissensbisse“ agiert. Die CDU/CSU habe bereits vorher die Geheimdienste parteipolitisch missbraucht, denn der BND habe 54 „namentlich bekannte bundesdeutsche Politiker bespitzelt“<sup>35</sup> und Akten über sie angelegt. Verschwiegen wird in diesem Beitrag, dass es sich dabei in nicht geringem Ausmaße um CDU/CSU-Politiker gehandelt hat, darunter: Fritz Baier, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe von Hassel, Hans Kilb, Ernst Majonica, Gerhard Schröder, Gerhard Stoltenberg, Franz Josef Strauß und Friedrich Zimmermann. Was der Blog des SPD-Mannes Müller ebenfalls nicht thematisiert, ist die Tatsache, dass der BND während der Regierungszeit von Willy Brandt Agenten auf nicht-regierungsfreundliche Verlagshäuser ansetzte, namentlich auf den Springer- und den Bauer-Verlag, um oppositionelle Gruppen zu bespitzeln.<sup>36</sup> Auch ist unlängst bekannt geworden, dass Helmut Bärwald (eigentlich: Fränzel), Leiter des „Ostbüros“ der SPD und parteiinterner Kritiker der „Neuen Ostpolitik“ Akten nicht nur dem Chef des Bundeskanzleramtes vorlegte, er unterrichtete gleich mehrere Stellen der SPD über den Inhalt verschiedener Vorgänge.<sup>37</sup> Von Sachkenntnis zeugen insofern auch die Aussagen Müllers nicht.

Zudem bemerkte Fritz Baier in diesem Zusammenhang schon am 12. Oktober 1974 in der Rhein-Neckar-Zeitung: „Von einer nachrichtendienstlichen Beobachtung (...) kann nicht die Rede sein (...) Ich halte es (...) für ein Gebot, (...) sich über die Personen, mit denen dieser Dienst im Rahmen seiner Tätigkeit in Berührung kommt, die im Interesse der Sicherheit notwendigen Informationen zur Person zu beschaffen. Davon können auch prominente Politiker nicht ausgenommen werden.“<sup>38</sup> Allerdings, so Baier weiter, hätten die während Ehmkes Amtszeit durchgeführten Recherchen bei den der Regierung kritisch

34 Sechsmal sehr gut, in: Der Spiegel 10 (1982), S. 99f. Vgl. auch Rainer Blasius: Treuer Spion für die Union? Der Stauffenberg-Dienst, in: FAZ, 15. April 2013, S. 8.

35 NachDenkSeiten. Die kritische Website, [www.nachdenkseiten.de/?p=15338](http://www.nachdenkseiten.de/?p=15338) (Abruf: 5. März 2013).

36 Vgl. Quick, 23. August 1972.

37 Vgl. Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. Köln 1998. Bärwald trat dann noch 1971 in die CSU ein.

38 Von Überwachung keine Rede; Interview mit Fritz Baier, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 12./13. Oktober 1974. Offen bleibt jedoch weiterhin die Frage, seit wann und von wem derlei Informationen eingeholt worden sind. Die Ergebnisse der Unabhängigen Historiker-Kommission werden hier unter Umständen Licht ins Dunkel bringen.

gegenüberstehenden Verlagen eine Grenze überschritten. Seitens der Bundesregierung sei alles getan worden, „um den verantwortlichen Politikern der Opposition ihre Kontrollfunktion über den BND in jeder Hinsicht zu erschweren.“<sup>39</sup>

Das sind nur Ausschnitte, die verdeutlichen helfen, wie über zeithistorische Themen Parteipolitik betrieben wird. So bemerkte die „Süddeutsche Zeitung“ vom 29. November 2012 treffend, „ganz tauf frisch“ sei die Geschichte über den Geheimdienst nicht: „Details hat die Zeitschrift konkret (...) bereits vor dreißig Jahren veröffentlicht.“<sup>40</sup>

### 3. Waskes Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“

Eine Art Vorstudie ihres „Zeit“-Artikels bildet Waskes Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ von 2009. Vor dem Rekurs auf den Inhalt des Buches sei eine Bemerkung vorweggeschickt, die die Problematik der Thesen und die damit verbundene Qualität von Waskes Recherche paradigmatisch verdeutlicht: An vielen Stellen heißt es, Personennamen und Quellennachweise seien leider nicht überliefert oder ermittelbar. Das mag in einigen Fällen zutreffen. Wenn es aber über Hans-Georg von Koester heißt, sein Vorname sei nicht zu ermitteln gewesen, muss das mehr als nachdenklich stimmen für eine Arbeit, die sich mit dem BND beschäftigt. Über von Koester wird mehr als 15 Seiten lang berichtet.

Waske hätte wissen müssen, um wen es sich handelte: Hans-Georg von Koester, geboren 1922, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, war Justiziar und zwischen 1957 und 1961 im Bundeskanzleramt tätig. Seine Beziehung zu dem persönlichen Referenten von Konrad Adenauer, Günter Bachmann, war zwiespältig. Schließlich übernahm er 1964 die Abteilungsleitung des BND-Referats V, Innere Sicherheit. Er zeichnete verantwortlich für den Staatsschutz und wurde 1965 Staatssekretär.

Die Angaben zur Person wären über das Archiv für Christlich-Demokratische Politik leicht zu erfragen gewesen. Des Weiteren sind sie auch online über das Bundesarchiv abrufbar. Auch im „Spiegel“-Archiv finden sich vereinzelt Hinweise. Eine Dissertation, die den Anspruch erhebt, neue Erkenntnisse zum Thema BND zu liefern, sollte mit den altbekannten Tatsachen vertraut sein.<sup>41</sup>

Ärgerlich ist aber auch ein zweiter Aspekt: Die permanente Spekulation über einzelne Sachverhalte: „mit hoher Wahrscheinlichkeit“, „vermutlich“, „der Verdacht drängt sich auf“, „die Vermutung liegt nahe“ usw. Eine Qualifi-

39 Ebd.

40 Willi Winkler: Agenten, Verräter und andere Berufene, in: Süddeutsche Zeitung, 29. November 2012.

41 Dass der Bundeskanzler „Erhard“ und nicht etwa „Ehrhard“ hieß, sollte ebenfalls bekannt sein. Dann ließe sich über die anderen zahlreichen Tipp-, Satzbau- und Formatierungsfehler und über die teils eigenwillige Grammatik und die fehlenden Wörter hinwegsehen.

kationsschrift ist kein Ort für Spekulationen. Doch die Arbeit spekuliert auch mit ihren eigenen Ergebnissen, wenn sie festhält, auch die Offenlegung der Fraktionsbestände und der betroffenen Nachlässe würden „vermutlich“ nicht ausreichen, um zu einem grundlegend neuen Forschungsstand zu kommen.<sup>42</sup>

### *3.1 Waskes Untersuchungsgegenstand*

Stefanie Waske untersucht in ihrer Dissertation „Mehr Liaison als Kontrolle“ die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung zwischen 1955 und 1978. Sie kommt darin zu dem Schluss, dass die Kontrollmöglichkeiten nicht ausgeschöpft worden sind. Grund dafür sei ein weit verzweigtes Netz von Abhängigkeiten zwischen Politik und Geheimdienst, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des BND ziehe. Der untersuchte Zeitraum 1955 bis 1978 erklärt sich aus zwei Daten. Das erste Datum markiert den Zeitpunkt, zu dem die einstige „Organisation Gehlen“ unter der Regie von Horst Wendland und Günter Bachmann in den BND übergang, da die Organisation ihrem Ursprung nach nicht als staatliche Behörde geschaffen wurde, sondern sich autark als private Initiative von Reinhard Gehlen entwickelt hatte. Mit der Übernahme wurde deshalb zunächst ein so genanntes Vertrauensmännergremium, bestehend aus Parlamentariern der Fraktionen, zwecks Kontrolle des BND geschaffen. Doch das langjährige Dienstaufsichtsproblem speiste sich nicht zuletzt aus der von Kontrolle völlig freien Entwicklung des BND resp. der Vorgängerorganisation kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Das zweite Datum, das Waskes Dissertation strukturiert, ist die Schaffung des ersten Kontrollgesetzes durch den Bundestag.

Die zentrale These des Buches lautet, dass bis weit in die 1970er Jahre hinein verschiedenste „Liaisonen“ zwischen Politikern und Mitarbeitern des BND wichtiger gewesen seien als eine parlamentarische Kontrolle. Gute Kontakte zum Präsidium des BND, der Versuch der politischen Einflussnahme auf die Berichterstattung und die Informationsobjekte waren demnach stets wichtiger als die demokratisch legitimierte Aufsicht durch das Parlament.<sup>43</sup> Regelmäßige Besuche und persönliche Kontakte bildeten das entscheidende Moment bei der Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen. Der Wunsch nach Aufklärung über geheime politische Aktivitäten in der heißen Phase des Kalten Krieges zeigte sich als parteiübergreifendes Moment der Politik. Denn insbesondere zu dem Zeitpunkt, als die Arbeit des Vertrauensmännergremiums ruhte, Mitte der 1970er Jahre, verstärkte sich der Bedarf nach BND-Informationen. Mithin gab es, so Waske, eine gegenseitige Abhängigkeit von Politik und

42 Stefanie Waske: *Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955–1978*. Wiesbaden 2009, S. 16.

43 Ebd., S. 22.

Nachrichtendienst, die eine effektive Kontrolle unmöglich machte. Der BND fungierte in all den Jahren als eine Art „Nebenregierung“.<sup>44</sup> Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass zwar nicht alle Parteien, wie Waske schreibt, wohl aber alle Fraktionen versuchten, ihre einmal aufgebauten Beziehungen zum BND auch in Phasen der Opposition fortzusetzen. Da der BND einst als überparteiliches Organ ins Leben gerufen wurde, ist dieses politische Anliegen andererseits nur allzu verständlich.

Bereits in den 1950er Jahren erging etwa ein Auftrag des damaligen Vizepräsidenten Hans-Heinrich Worgitzky an den BND, die SPD in Spionagefällen mit entsprechenden Informationen zu unterstützen. Auch Hans Langemann baute in den 1960er Jahren im Namen der SPD Kontakte zu einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz auf.<sup>45</sup> Die Kooperation zwischen der SPD und dem BND lief seinerzeit hauptsächlich über Fritz Erler, potenzieller Minister im Schattenkabinett von Willy Brandt. Die Informationen, die Erler vom BND erhielt, leitete er an einzelne Parteigenossen weiter.<sup>46</sup> Ab 1969, so Waske, hat die SPD verstärkt versucht, Einfluss auf den BND zu nehmen. Sie wollte die Machtstrukturen durch personelle Neubesetzungen verändern und Führungspositionen im BND durch Genossen besetzen.<sup>47</sup> Dies gelang in der Tat durch die Personalpolitik von Horst Ehmke als Chef des Kanzleramts unter Willy Brandt. Er platzierte im Mai 1970 Dieter Blötz im BND. Blötz, 1931 in Braunschweig geboren, seit 1966 MdB, war bis dato Landesgeschäftsführer der SPD in Hamburg und Vorsitzender des Innenausschusses der Hamburger Bürgerschaft. Er wurde zum Vizepräsidenten des BND, obwohl er als Betriebswirt ohne Abschlussexamen über keine nachrichtendienstlichen Erfahrungen verfügte. Schnell stand Blötz im Verdacht, auch bei Beitrittserklärungen zur SPD eine Personenabklärung durch den BND vornehmen zu lassen.<sup>48</sup> Darüber hinaus sorgte er dafür, dass die Anordnungsbefugnis aus dem Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums auf das Kanzleramt übertragen wurde.<sup>49</sup>

Die Politisierung des BND durch die Personalie Blötz verschärfte den Ton zwischen Opposition und Regierung. Insbesondere Fritz Baier (CDU) lieferte sich heftige Wortgefechte mit Ehmke, später auch mit dessen Nachfolger Horst Grabert. Die Berufung von Blötz habe einen parteipolitischen Akzent, der die Arbeit des BND in die Innen- und Parteipolitik hineintrage, so der Vorwurf Baiers.

Der zweite Vorwurf richtete sich gegen die Blockierung einer gesamtparlamentarischen Kontrolle durch die SPD im selben Jahr. Da die Initiative damals

---

44 Ebd., S. 35.

45 Vgl. ebd., S. 46.

46 Vgl. ebd., S. 116.

47 Ebd., S. 179.

48 BND – Sauber St. Pauli; in: Der Spiegel 16 (1970), S. 34.

49 Vgl. Müller/Müller: BND, S. 563.

von der CDU im Bundestag lanciert wurde, zog die SPD aus politischem Kalkül hier die Reißleine und verhinderte eine vorzeitige Ausweitung der Kontrollfunktion durch das Parlament, so dass weiterhin nur das Vertrauensmännergremium eine Kontrolle ausüben konnte. Und das auch nur, wenn es hierzu über den Kanzleramtschef einberufen wurde. Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass die gesamten 1970er Jahre parteiübergreifend darüber diskutiert wurde, inwieweit eine Inlandsaufklärung seitens des BND legitim sein könne.

Eine Eskalation dieser Diskussion fand 1974 statt, als sich die CDU/CSU-Mitglieder des Vertrauensmännergremiums Fritz Baier, Friedrich Vogel und Friedrich Zimmermann aus Protest gegen öffentliche Äußerungen Herbert Wehners von der Kontrollarbeit zurückzogen. Wehner hatte geäußert, die CDU bereite einen Staatsstreich vor.<sup>50</sup> Ohnehin war man seitens der Opposition mit dem Gremium mehr als unzufrieden, da bewusst – durch das Kanzleramt gesteuert – oftmals strukturelle und organisatorische Belanglosigkeiten abgehandelt würden, ohne über konkrete politische Inhalte zu sprechen. Der Rückgriff auf einen besser funktionierenden nachrichtendienstlichen Ersatz schien demgegenüber reizvoll, um an entsprechende Informationen zu kommen, die von politischer Tragweite waren.<sup>51</sup> Der Informationsdienst Stauffenberg war in diesem Zusammenhang eine Quelle, die versprach, die mangelhafte Informationspolitik der Regierung zu kompensieren. Dies bot sich insbesondere deshalb an, weil, wie Waske schreibt, einmal geknüpfte Netzwerke jenseits der aktuellen Regierungskonstellation und unabhängig von Parteizugehörigkeit, allein auf Grund der „Liaison“, weiterhin funktionsfähig blieben.

### 3.2 Zum politischen Kontext der „Liaison“

In der oben geschilderten Hinsicht kann man die christlich-demokratische Politik jener Jahre als Reaktion auf die Politisierung des BND durch Ehmkes Personalpolitik als Kanzleramtschef deuten. Es war zudem eine Reaktion auf die damit einhergehende veränderte Informationspolitik des BND gegenüber der Opposition, die mehr denn je auf „Liaisonen“ angewiesen war.

Die Diskussion, auf die die Dissertation nicht mehr eingeht, war zur Jahresmitte 1973 auf dem Höhepunkt angelangt. Denn das Parlamentarische Vertrauensmännergremium wurde über mehrere Monate lang nicht mehr einberufen, so dass der BND de facto ohne jegliche Kontrolle operieren konnte. Allein Willy Brandt war in der rechtlichen Lage, das Gremium einzuberufen. Von sich aus konnte es nicht aktiv werden. Eine entscheidende Rolle spielte der CDU-Abgeordnete Fritz Baier, der als Mitglied des Gremiums über eine Fülle interner Informationen aus dem BND verfügte. Die CDU/CSU-Fraktion ver-

<sup>50</sup> Vgl. Waske: *Mehr Liaison*, S. 274.

<sup>51</sup> Vgl. ebd.

mutete, die Nicht-Einberufung des Gremiums sei der Tatsache zuzuschreiben, dass man Baier, der auf Grund seines Hintergrundwissens permanent unangenehme Fragen an die Regierung richtete, aus dem Gremium verdrängen wollte. Jedenfalls war weder die Überwachung der Arbeit des BND noch die Kontrolle der verwendeten Gelder in dieser Zeit möglich.

Auch die Personalveränderungen 1970 wurden zunächst durch Ankündigungen im „Spiegel“ öffentlich. Von sechs Spitzenpositionen wurde nur die Stelle des Präsidenten Wessel nicht neu besetzt. Hingegen waren die neuen Abteilungsleiter Richard Meier (Beschaffung), Herbert Rieck (Verwaltung) und Robert Borhardt (Auswertung) entweder SPD-Mitglied oder standen der SPD nahe. Doch niemand von ihnen hatte ernsthafte Erfahrungen auf dem Gebiet des Auslandsnachrichtendienstes. Die Opposition sah deshalb die Gefahr einer Ausdehnung des innenpolitischen Machtwechsels auf das Aufgabenfeld des BND und befürchtete, dass eine überparteiliche Tätigkeit des BND nun nicht mehr gewährleistet sei. Hans Langemann sah dies ähnlich und wechselte in den Bayerischen Staatsdienst, zumal langjährig beschäftigte Dienststellenleiter von Ehmke auf nicht gleichwertige Positionen versetzt wurden. Das Auswahlverfahren für Neueinstellungen im BND oblag darüber hinaus den SPD-Leuten Blötz und Rieck.

Es galt in den Augen der Opposition, die Einbeziehung innenpolitischer Auseinandersetzungen unter allen Umständen zu verhindern und die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des BND zu wahren. Dies gestaltete sich äußerst schwierig. Denn in den Jahren 1971/72 stellte sich die Frage, ob das Vertrauensmännergremium nur über Interna der Nachrichtendienste oder auch über dessen Arbeitsergebnisse informiert werden sollte. Eine Kontrolle, so die CDU/CSU-Fraktion, sei nur möglich, wenn auch die Arbeitsergebnisse durch das Parlamentarische Vertrauensmännergremium beurteilt werden könnten. Die Kontrolle müsse sich auf beide Bereiche beziehen, um die fehlende öffentliche Kontrolle zu kompensieren. Andererseits könne auch eine zu intensive parlamentarische Kontrolle die Abgeordneten in die Mitverantwortung nehmen.

Im Interesse des Parlaments sollte das vermieden werden. Doch schon die bloße Unterrichtung des Gremiums über die Arbeitsergebnisse der Geheimdienste lehnte die Bundesregierung strikt ab. Auch die Lageberichte des BND wurden dem Gremium vorenthalten.

Allerdings bestanden nach wie vor intensive persönliche Kontakte zwischen dem BND und einzelnen Abgeordneten, die einen Einblick in bestimmte nachrichtendienstliche Operationen ermöglichten. Irritiert war die Opposition nur dahingehend, dass es Indizien gab, die darauf hindeuteten, dass die Bundesregierung Weisungen in Bezug auf dieses Beziehungsgeflecht gab und somit der parteipolitischen Neutralität des BND zuwider handelte. Die Opposition wollte der parteipolitischen Schiefelage in erster Linie durch die Ablösung von Blötz

durch einen neutralen Verwaltungsjuristen entgegenwirken, nicht zuletzt, weil ihm intensiver Kontakt zum „Spiegel“ nachgesagt wurde. Ehmke regierte also aus Sicht der CDU/CSU in den BND hinein. Er übernehme, so der Vorwurf, quasi die Funktionen des Präsidenten.

Die Situation spitzte sich in den Monaten vor der Bundestagswahl 1972, den letzten Tagen für Ehmke als Chef des Kanzleramtes, noch einmal zu. Im September wurde bekannt, dass ein Gesprächsgegenstand des Vertrauensmännergremiums durch die Bundesregierung an die Öffentlichkeit gelangt war. Dabei ging es um eine Diskussion über die Eheschließung Ehmkes mit Maria Hlavacova, die aus der ČSSR geflohen war: „Die konspirative Legende (...) ist Kernstück einer liebevoll betriebenen Kampagne, mit der die rechte Opposition versucht, die Heirat des sozialdemokratischen Kanzlergehilfen Horst Ehmke zur Staats- und Wahlkampffaffäre herauszuputzen. Die zweite Ehe des Juraprofessors (...) sei von Anbeginn eine Fehlentscheidung gewesen, da die zugereiste Ministergattin die Sicherheit der Republik gefährde“, kommentierte der „Spiegel“.<sup>52</sup> Doch die Heirat war in damaliger Hinsicht insofern problematisch, als dass eine Richtlinie des Nachrichtendienstes von Juni 1971 vorsah, Ehen mit Staatsangehörigen des „kommunistischen Machtbereichs“ für hauptberufliche Mitarbeiter des BND nicht zu akzeptieren. Den Betroffenen wurde nahegelegt, ihr Beschäftigungsverhältnis selbst zu lösen.<sup>53</sup> Nun galt Ehmke als Chef des Kanzleramtes als „Sicherheitsrisiko“, auf den die Richtlinie jedoch offensichtlich keine Anwendung fand.

#### 4. „Nach Lektüre vernichten“

In ihrem 2013 im Hanser-Verlag erschienenen Buch „Nach Lektüre vernichten“ setzt Stefanie Waske ihre Forschungen von 2009 fort und spezifiziert ihre Thesen zum Verhältnis von Bundesnachrichtendienst und politischen Parteien, insbesondere der CDU/CSU. Sie wolle wissen, schreibt sie zu Beginn, warum die Christlichen Demokraten den Regierungswechsel nicht als „normalen parlamentarischen Prozess“<sup>54</sup> betrachteten.

In zwei Teilen geht sie dieser Frage nach. Im ersten Teil beschäftigt sie sich mit dem christdemokratischen „Kampf gegen die neue Ostpolitik“, im zweiten Teil betrachtet sie die „freie Welt im Abwehrkampf“. Einleitend rekapituliert sie die Biographie der Schenken von Stauffenberg, um dann erneut auf die Gründung des Stauffenberg-Dienstes durch Kiesinger, Strauß, zu Guttenberg und Globke zu sprechen zu kommen. Der Dienst, so Waske, sei zur Informationsbeschaffung über Brandts Ostpolitik ins Leben gerufen und von CDU/CSU

<sup>52</sup> Das noch, in: Der Spiegel, 35 (1972), S. 57.

<sup>53</sup> BND IV D 1, Az 45–16–08 vom 2. Juni 1971.

<sup>54</sup> Waske: Nach Lektüre vernichten, S. 10.

und Industrie finanziert worden. Das Buch – so der Klappentext – enthülle erstmals einen politischen Skandal, der das Urteil über einzelne Politiker der Bundesrepublik Deutschland „gründlich zurechtrücke“.

Tatsächlich bettet Waske ihr Thema nun stärker ein in den politischen Kontext jener Jahre. Die Darstellung der Neuen Ostpolitik Brandts ist der rote Faden, der sich durch das Buch zieht. Im Kern geht es um den Verlust der Regierungsmacht von CDU/CSU. Die Machteinbuße habe zu Gesprächen zwischen Langkau und Unionsabgeordneten mit dem Ziel geführt, einen eigenen Informationsdienst zu schaffen. Guttenberg habe die Führung des Informationsdienstes übernommen. Der Dienst sollte nach außen als private Organisation agieren. Finanzielle Zusagen seien von der norddeutschen Industrie, von der CDU, von der CSU und der süddeutschen Wirtschaft gekommen. Es sei ein Netzwerk von Informanten geschaffen worden, die unter Decknamen operiert hätten. Eine Schlüsselrolle habe nach dem Tode zu Guttenbergs der CDU-Abgeordnete Werner Marx innegehabt.

Die abgedruckte Empfänger-Liste der Informationen führt einen Exklusiv-Verteiler, einen Normal-Verteiler, einen erweiterten Verteiler und einen Kirchen-Verteiler auf. Die Namen des Exklusiv-Verteilers lauten: Guttenberg, Globke, Heubl, Roegele; die des Normal-Verteilers lauten: Neusel, Voß, Barzel, Krone, Karl Forster – ein Widersacher von Strauß –, Gumbel, Marx, Bach, Heck, Kessler, Wittgenstein, Kirchert; die Namen des erweiterten Verteilers sind: Stoltenberg, Hallstein, Czaja, Dregger, Löwenthal sowie mehrere Presse-Leute, die letzten Endes nicht alle in den Genuss der Lektüre gekommen sein dürften. Der Kirchen-Verteiler deckt sich weitestgehend mit den anderen Verteilern.

Jedoch erfährt der Leser kaum etwas über die konkreten Inhalte dieser Berichte: „Im Spätsommer 1970 verfassen Langkau und Stauffenberg fast pausenlos Berichte. Nicht nur, weil die Bundesregierung mit den sowjetischen Machthabern bald den Gewaltverzichtsvertrag unterzeichnen will, sondern auch weil die Münchner Gruppe die Welt in den Blick nimmt. Nachrichten der geheimen Zuträger treffen aus Brüssel, Paris und Washington ein, seltener aus dem Inland. Ihre Helfer schauen sogar in Originalakten des Vatikans, suchen das Gespräch mit dem Präsidenten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, oder dem algerischen Staatschef Houari Boumediene. Sie berichten, was innenpolitisch in China wichtig ist und worüber sich die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion streiten. Ebenso melden die Informanten, wie das Pentagon die Lage in Vietnam, Kambodscha und Laos einschätzt. Am meisten erfahren die Leser aus den Vereinigten Staaten, vom Sitz des französischen Staatspräsidenten und aus der italienischen Politik.“<sup>55</sup>

---

55 Ebd., S. 90.

Was genau berichtet wird, verrät die Autorin nicht. Das hängt damit zusammen, dass der Dienst, wie Waske bemerkt, eher das Vertrauen als Staatsgeheimnisse verrate: „Die Berichte des Dienstes in dieser Zeit ähneln in der Tat den Artikeln der ‚Welt‘.“<sup>56</sup> Der Dienst zeichne ein „Stimmungsbild“, „skizziere“ und „umreiße“, liefere Charakterstudien und altbekannte Informationen, etwa über Brandts Alkoholkonsum, während der Dienst von der Realität überholt werde.<sup>57</sup> In einem Bericht, den Waske zitiert, heißt es, Helmut Schmidt sei „ein Mann von scharfer Intelligenz und präziser Diktion“ und verfüge über ein „großes Selbstbewusstsein“.<sup>58</sup> In einem anderen ist zu lesen, ein Informant könne mit „Hintergrundinformationen“ aufwarten als er berichte, es sei in Polen ein „offenes Geheimnis, dass (...)“.<sup>59</sup> Abgesehen von solchen offenkundigen Widersprüchen (Hintergrundinformationen über offene Geheimnisse) kann von wirklich geheimen, privaten Berichten wohl kaum die Rede sein, auch wenn das Kapitel die Überschrift trägt: „Privatsachen. Was der Stauffenberg-Dienst über Politiker schreibt.“

Interessanter als der nachlässige Umgang mit widerstreitenden Quellen ist der erneute Rekurs auf die Dossier-Affäre. Waske schreibt hierzu: „Langkau bestreitet stets, Bahr bespitzelt und über ihn ein Dossier angelegt zu haben. Wahrscheinlich erreichte ihn das Material ohne Auftrag: Im Geheimdienstjargon nennt man das *Randerkenntnisse* oder *Gelegenheitsinformationen*. Wenn die BND-Informanten über die italienischen Kommunisten oder die DDR berichteten und SPD-Politiker erwähnten, fand das seinen Weg nach Pullach. Es handelt sich in dem Fall strenggenommen nicht um gezieltes Bespitzeln. Das hinderte die Geheimdienstmitarbeiter nicht daran, aus den zufälligen Erkenntnissen Berichte mit politischer Brisanz zu verfassen.“<sup>60</sup>

Ebenso spannend ist die Auseinandersetzung mit dem Arbeitskreis für das Studium internationaler Fragen, gegründet im November 1970. Er diene, schreibt Waske, als Adresse für Spenden aus CDU/CSU und Wirtschaft: „Der Verein bietet den Vorteil, dass CDU, CSU und die Wirtschaft nicht an Privatpersonen zahlen, sondern an den Arbeitskreis, der das Geld an Stauffenbergs Dienst weitergibt.“<sup>61</sup>

Die einzige Firma, die erwähnt wird, ist die Deutsche Bank in Person von Hermann-Josef Abs. Vorsitzender des Vereins ist Professor Roegele, Stellvertreter Krone, Schatzmeister Seidl, Liquidatoren Harlander und Stauffenberg. An den Top-Agenten „Petrus“ zahlt der Dienst laut Waske 6.000 Mark monatlich plus Reisekosten. Waske spekuliert erneut, als sie den Agenten „Petrus“

56 Ebd., S. 100.

57 Ebd., S. 111 und 120.

58 Ebd., S. 184.

59 Ebd., S. 115.

60 Ebd., S. 39.

61 Ebd., S. 96.

mit dem bekannten Journalisten Simon Malley identifiziert. Das ist überflüssig, denn seit den 1980er Jahren ist auch dies längst kein Geheimnis mehr.<sup>62</sup>

In Sachen Finanzen gehen laut Bayerischem Untersuchungsausschuss, auf den die Arbeit rekurriert, an den Arbeitskreis seitens des bayerischen Innenministeriums zwischen 1976 und 1981 jährlich Zahlungen in unterschiedlicher Höhe. Stauffenberg zahlt an Langemann laut Untersuchungsausschuss zwischen 1976 und 1979 monatlich zwischen 5.000 und 6.000 Mark, insgesamt mindestens 300.000 Mark. Der Arbeitskreis müsse, so Waske, über weitere zahlungskräftige Unterstützer verfügt haben. 1986 habe die Mitgliederversammlung die Auflösung des Vereins beschlossen. Damit ende das Kapitel Geheimdienst.

### 5. Resümee

Stefanie Waske stützt sich auch in ihrem jüngsten Buch auf viele bereits veröffentlichte Quellen. Auch ein Kapitel über Inge Goliath, DDR-Spionin und Sekretärin des Abgeordneten Werner Marx, bringt keine neuen Erkenntnisse ans Licht. Dort, wo sie tatsächlich Neues hinzufügt, schöpft sie in erster Linie aus dem Nachlass Guttenberg im Bayerischen Staatsarchiv. Enoch zu Guttenberg hat ihr die Einsicht in den gesamten Nachlass seines Vaters gewährt. Dies betrifft vor allem die Adressatenliste des Dienstes. Zur Finanzierung gibt sie über die Zahlungen an einzelne Informanten (z. B. Petrus) und die bekannten Informationen aus dem im Netz abrufbaren Untersuchungsausschuss keine neuen Hinweise.

Die Arbeit geht an wenigen Stellen über publizierte Zeitungsartikel hinaus, präsentiert das Thema jedoch als Sensation und großen Skandal. Dabei werden einfache Sachverhalte erneut als nicht recherchierbar dargestellt: „Manches klingt nachvollziehbar, manches phantastisch.“<sup>63</sup> Zudem werden viele Inhalte der Berichte nicht aufgeschlüsselt. So bleiben viele Fragen offen.

Auch die Frage der Politisierung des BND durch Horst Ehmke, immerhin ein eigenes, wenn auch nur zwei Seiten langes Kapitel, bleibt unbeantwortet. Ein ebenfalls bekannter Artikel aus der „Welt“ sei nicht mehr ermittelbar, einige Daten nicht überliefert, andere nicht nachprüfbar.<sup>64</sup> Einige Unterlagen verschwiegen wichtige Informationen. Es wäre Aufgabe der Autorin gewesen, diese wichtigen Informationen vor Publikation ihres Buches zu besorgen, um nicht nur Spekulationen zu präsentieren.

---

62 Vgl. Pieter H. Bakker Schut: Zur Struktur des Stammheim-Prozesses gegen Andreas Baader u. a. in: 11. Strafverteidigertag in Osnabrück 1987. Landsberg 1988, S. 223.

63 Waske: Nach Lektüre vernichten, S. 161.

64 Ebd., S. 99.

So wird die CDU zum erklärten Gegner der SPD-nahen Autorin, deren Politik der 1970er Jahre sie stark überzeichnet, auch wenn sie sie in den Kontext des Kalten Krieges einbettet. Die im Artikel genannten politischen Akteure aber waren keineswegs in einem „privaten politischen Geheimbund“ organisiert. Vielmehr handelte es sich um einen Informationsdienst, dessen forcierter Aufbau seit 1970 der sozialdemokratischen Personalpolitik im Bundesnachrichtendienst zu verdanken war. Zudem befürchtete die Opposition durch die Besetzung von Stellen mit SPD-Politikern im BND ein Informationsembargo in Bezug auf die Aktivitäten der „Neuen Ostpolitik“ Brandts, zumal die SED-Führung ihre anfangs kritische Haltung gegenüber Brandts Politik aufgab und durchaus ein Interesse an dem Verbleib Brandts im Kanzleramt hatte.

Darüber hinaus, und das wiegt in meinen Augen am stärksten, sind die Tatsachen der in der Hauptsache auf die Affäre Langemann anspielenden Ausführungen des „Zeit“-Artikels seit nunmehr gut 30 Jahren bekannt. Stefanie Waske fügt den Erkenntnissen der 1980er Jahre entgegen den vom „Zeit“-Ressort „Investigation“ aufgestellten Behauptungen keine neuen Aspekte hinzu. Tatsächlich bleiben viele Andeutungen schillernd und tragen wenig zur Aufklärung der politischen Situation der 1970er Jahre bei. Es handelt sich meines Erachtens eher um den Mythos von einer Verschwörung gegen Willy Brandt.

Schon der „Zeit“-Artikel gab hier die Richtung vor: Politisierung eines historischen Themas. Das „Zeit“-Ressort Investigation unterlief mit Hilfe der Autorin so den eigenen Anspruch. Denn die Homepage der Wochenzeitung verkündet: „Es ist die Zeit der Vertuschungen, der falschen Fährten, es ist die Zeit der Umdeutungen, der falschen Geschichten (...) Für den Journalismus bedeutet das eine weitere große Herausforderung. Es geht, wie immer, darum, Hintergründe aufzudecken, den Kern einer oft dunklen Geschichte freizulegen.“ Dann folgt allerdings eine Einschränkung: „Aber zu einer guten journalistischen Arbeit gehört inzwischen auch fast immer, die Manipulationsversuche der Öffentlichkeit zu beschreiben. Das gelingt manchmal, und manchmal gelingt es nicht. Wir Journalisten müssen damit leben, dass unsere Leser, unsere Konsumenten uns ab und an zu den Manipulatoren zählen.“<sup>65</sup>

Es ist jedoch unbefriedigend, die Bewertung für den Grad einer Manipulation ausschließlich dem Leser zu überantworten. Insbesondere dann, wenn „investigative“ Recherche glaubhaft vermittelt werden soll, bedarf es über bloß subjektive Maßstäbe hinaus der Argumente und Belegbarkeit der Aussagen, um etwaige falsche Fährten zu vermeiden. Meines Erachtens zeigt gerade der Fall Waske, wie problematisch der Verweis allein auf das Interpretationsgeschick von Lesern ist.

---

65 [www.zeit.de/administratives/2012-09/investigativ-ressort-ueber-uns](http://www.zeit.de/administratives/2012-09/investigativ-ressort-ueber-uns) (Abruf: 10. März 2013).